

# PROTOKOLL

über die Sitzung 2/2016 des

## Samtgemeinderates

Datum	Sitzungsdauer (von – bis)	Sitzungsort
15.03.2016	19.35 Uhr – 21.35 Uhr	Bothel, Rathaus (Sitzungssaal)
<input checked="" type="checkbox"/> Öffentliche Sitzung	<input checked="" type="checkbox"/> Es folgt eine nicht-öffentliche Sitzung	<input type="checkbox"/> Nichtöffentliche Sitzung

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den folgenden Seiten.

\_\_\_\_\_  
gez. Hoppe  
( H o p p e )  
Stellv. Ratsvorsitzende

\_\_\_\_\_  
gez. Eberle  
Samtgemeindebürgermeister

\_\_\_\_\_  
gez. Löber  
Protokollführer

## Anwesenheitsliste

zur 2. Sitzung des Samtgemeinderates am 15.03.2016

### Ratsmitglieder:

Stellv. Ratsvorsitzende Hoppe (CDU)	- Kirchwalsede
Samtgemeindebürgermeister Eberle	- Brockel
Ratsherr Acimovic (CDU)	- Bothel
Ratsfrau Brennecke (GRÜNE/WSB)	- Hemslingen
Ratsherr Brennecke (GRÜNE/WSB)	- Hemslingen
Ratsherr Ludgerus Brinker (CDU)	- Hemsbünde
Ratsherr Dodenhoff (CDU)	- Bothel
Ratsfrau Frömming (SPD)	- Hemsbünde
Ratsherr Gerken (SPD)	- Hemslingen
Ratsherr Henke (SPD)	- Kirchwalsede
Ratsfrau Dr. Hornhardt (GRÜNE/WSB)	- Kirchwalsede
Ratsherr Keitz (SPD)	- Westerwalsede
Ratsfrau Kregel (CDU)	- Hemslingen
Ratsherr Lüdemann (CDU)	- Brockel
Ratsherr Meyer (CDU)	- Hemslingen
Ratsherr Müller (CDU)	- Brockel
Ratsfrau Muschter (GRÜNE/WSB)	- Hemsbünde
Ratsfrau Röhrs (SPD)	- Hemslingen
Ratsherr Röhrs (CDU)	- Westerwalsede
Ratsfrau Schmidt (SPD)	- Bothel
Ratsfrau Tümler (GRÜNE/WSB)	- Bothel

### Es fehlen:

Ratsfrau Hartje-Specht (CDU)	- Hemsbünde
Ratsvorsitzender Hestermann (CDU)	- Westerwalsede

### Verwaltung:

Verwaltungsvertreter Fehlig	- Samtgemeinde Bothel
Samtgemeindeamtsrat Löber	- Samtgemeinde Bothel

- 
- |   |         |
|---|---------|
| 1. Eröffnung, Feststellung der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit   | -       |
| 2. Feststellung der Tagesordnung und vorliegender Anträge sowie Beschlussfassung über nichtöffentliche Behandlung   | -       |
| 3. Genehmigung des Protokolls 1/2016 vom 09.02.2016   | -       |
| 4. Mitteilungen des Samtgemeindebürgermeisters  | -       |
| 5. Einzugsbereich der IGS Rotenburg<br><u>hier</u> : Erklärung gegenüber dem Landkreis  | 10/2016 |
| 6. Antrag Ratsherr Müller:<br>Resolution / Stellungnahme zum Genehmigungsverfahren der Reststoffbehandlungsanlage in Bellen   | 11/2016 |
| 7. Antrag der Gruppe GRÜNE / WSB:<br>Informationsveranstaltung über das geplante Vorhaben Reststoffbehandlungsanlage in Bellen  | 12/2016 |
| 8. Antrag der SPD-Fraktion:<br>Beauftragung eines Planers zur Verbesserung des ÖPNV hinsichtlich der Entwicklung eines Konzeptes für ein Anrufbus- oder Anrufsammeltaxisystem für den Bereich der Samtgemeinde Bothel | 13/2016 |
| 9. Behandlung von Anfragen und Anregungen   | -       |

-Einwohnerfragestunde-

Nichtöffentlicher Teil

## **TOP 1 - Eröffnung, Feststellung der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit**

Stellv. Ratsvorsitzende (StvRV) Hoppe eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden, die Presse, die Zuhörer und stellt sodann die ordnungsgemäße Ladung, die Anwesenheit (es fehlen RF Hartje-Specht und RV Hestermann) und die Beschlussfähigkeit des Samtgemeinderates fest.

## **TOP 2 - Feststellung der Tagesordnung und vorliegender Anträge sowie Beschlussfassung über nichtöffentliche Behandlung**

StvRV Hoppe teilt mit, der SGA habe bezüglich des TOP 8 bereits einen entsprechenden Beschluss in Abstimmung mit dem Antragsteller gefasst. Die Samtgemeinde werde gemeinsam mit den Gemeinderäten der Mitgliedsgemeinden eine Informationsveranstaltung zum Thema ÖPNV durchführen und hierzu entsprechende Fachreferenten einladen. Insofern erübrige sich die weitere Behandlung dieses TOP.

RF Muschter beantragt, den TOP 7 vor dem TOP 6 zu behandeln.

**Dieser Antrag wird bei 7 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen sowie 2 Stimmenthaltungen abgelehnt.**

## **TOP 3 - Genehmigung des Protokolls 1/2016 vom 09.02.2016**

**Das vorstehende Protokoll wird vom SGR einstimmig bei einer Stimmenthaltung genehmigt.**

## **TOP 4 - Mitteilungen des Samtgemeindebürgermeisters**

### **1. Grünabfallsammelplatz**

Am 18.02. hatte ich eine Unterredung mit Herrn Schröder, dem Leiter des Amtes für Abfallwirtschaft beim Landkreis Rotenburg, nachdem ich ihn erneut an den Antrag der Samtgemeinde auf Asphaltierung des Grünabfallsammelplatzes erinnert hatte.

Auch die Vertreter der Mehrheitsgruppe im Kreistag hatte ich in der Angelegenheit einbezogen.

Am Ende des Gesprächs habe ich die Zusage erhalten, dass sich der Landkreis mit einem Betrag von 100.000,- Euro an den anfallenden Arbeiten beteiligen wird. Unter Berücksichtigung aktueller Kostenschätzungen sollte dieser Betrag für Antragstellung und Ausführung aller erforderlichen Leistungen auf dem Platz ausreichen. Und selbst die Entwässerung zur Kläranlage wird mindestens zum Teil mit finanziert werden können.

Die Ausführung ist für den Sommer vorgesehen.

Trotzdem musste in der 3. Märzwoche eine provisorische Verfüllung der großen Schlaglöcher auf dem Platz vorgenommen werden, weil sonst Schäden an Menschen oder Fahrzeugen nicht mehr auszuschließen gewesen wären.

### **2. Krebserkrankungen**

Herr Dr. Stümpel hat mir in einem Telefonat zuletzt am 01.03. mitgeteilt, dass er derzeit immer noch mit den Befragungen der Betroffenen beschäftigt ist. Es gibt also

keine Neuigkeiten. Der zuletzt beschriebene Zeitplan (Abschluss der Befragungen in wenigen Wochen, Auswertung in weiteren 6 Monaten in Hannover) sei immer noch realistisch.

### **3. Flüchtlingsunterbringung**

Seit dem 01.03.2016 sind die zusätzlich angemieteten Wohngebäude in Wensebrock, Söhlingen und Bothel zu großen Teilen belegt.

Wir haben darüber hinaus 2 Häuser in Kirchwalsede angeboten bekommen. Derzeit ist nicht abzuschätzen, wie hoch eine neue Zuweisungsquote sein wird.

Der Ablauftermin für die derzeitige Quote wurde von Seiten des Landes um einen Monat auf den 30.04. verschoben, wir haben somit einen Monat Zeit gewonnen, nach Unterkünften für die nächste Quote zu suchen.

Die zugewiesenen Mittel, die vom Land an den Landkreis vergeben werden, werden künftig neu aufgeteilt. Die Kreisverwaltung und die Kommunen ermitteln derzeit die tatsächlich anfallenden Kosten, insbesondere für Personal und werden dann die Verteilung verhandeln.

Es ist abzusehen, dass der Samtgemeinde deutlich höhere Beträge als in der Vergangenheit zugewiesen werden. Das ist auch nötig, um Personal in den Bereichen Ordnungsamt, Gebäudeunterhaltung und Dienstleistungen (Dolmetscher) finanzieren zu können.

### **4. Regionales Raumordnungsprogramm**

Mit Post vom 22.02.2016 hat der Landkreis Rotenburg den Entwurf für das neue regionale Raumordnungsprogramm vorgelegt.

Wichtige Änderungen sind der Wegfall der Y-Trasse und die zusätzliche Ausweisung von Vorranggebieten für Windkraftanlagen.

Einige nachteilige Veränderungen gegenüber der bisherigen Raumordnung betreffen die Gemeinde Bothel in erheblichem Umfang!

Sowohl der Entwicklungsschwerpunkt Wohnen als auch der Schwerpunkt Erholung sind in dem Entwurf nicht mehr aufgeführt. Diese Änderungen können mittel- und langfristig zu erheblichen Nachteilen auch für die Samtgemeinde insgesamt führen, wenn z.B. Planungen des öffentlichen Nahverkehrs an diesen Schwerpunkten ausgerichtet werden oder die Ausweisung von Wohnbauflächen mit den neuen Vorgaben nicht mehr begründet werden können und so der abnehmenden Einwohnerzahl in der Samtgemeinde nicht mehr nachhaltig entgegen gewirkt werden kann.

Auch der Schwerpunkt Erholung sollte unbedingt erhalten bleiben. Schon das Beispiel des Tourow-Projekts Nordpfade in unserer Samtgemeinde, aber auch die Ausweisung vieler Schutz und Erholungsgebiete oder das Projekt "Natürlich –Natürlich" bieten ein großes Potential für diesen Schwerpunkt.

Am Montag, 14.03.2016 hatte ich eine Unterredung mit Frau Jungemann und Herrn Meyer vom Landkreis Rotenburg. Ich werde zur nächsten Sitzungsrunde einen Entwurf für eine Stellungnahme vorlegen, in der die Wiederaufnahme beider Entwicklungsschwerpunkte gefordert wird.

**hier: Erklärung gegenüber dem Landkreis  
(Drucks.-Nr. 10/2016)**

StvRV Hoppe teilt mit, sowohl der Schulausschuss als auch der Samtgemeindeausschuss hätten empfehend beschlossen, dem Landkreis gegenüber zu erklären, dass die Samtgemeinde künftig nicht mehr zum Einzugsbereich der IGS Rotenburg gehören möchte.

SGBM Eberle erläutert danach anhand einer Präsentation den gegenwärtigen Sachstand und erläutert die Argumente für den Verzicht, zum Einzugsbereich der IGS Rotenburg zu gehören. Hierfür seien insbesondere die Inhalte der Oberschule zu nennen, die denen einer IGS sehr nahe kommen. Er sehe die Empfehlungen unter dem Gesichtspunkt „für die Schule“ und nicht „gegen die Eltern“. Letztlich diene diese Entscheidung der Sicherung des Schulstandortes in Bothel.

RF Frömming trägt vor, sie sei der Auffassung, der Entscheidungsspielraum der Eltern sollte nicht eingeschränkt werden, da diese selbst die Entscheidung treffen sollten, wo ihre Kinder beschult werden sollen.

RH Lüdemann führt aus, der Samtgemeinderat habe sich immer für den Erhalt des Schulstandortes in Bothel stark gemacht. Durch eine entsprechende Beschlussfassung werde auch der Schulleitung signalisiert, dass man zu dieser Schule in Bothel stehe und ein Abwanderungswille gar nicht erst entsteht. Die Beschlussempfehlung erhebe er daher zum Antrag.

RF Muschter gibt zu bedenken, dass man lange für eine IGS in Bothel gekämpft habe. Die Grundidee einer IGS werde ihrer Meinung nach von der Stadt Rotenburg nicht richtig umgesetzt. Aus diesem Grunde spreche sie sich ebenfalls für den Schulstandort in Bothel aus.

RF Kregel schließt sich der Auffassung von RF Frömming an. Sie erinnert daran, dass Ausnahmeentscheidungen jederzeit möglich seien.

**Sodann beschließt der SGR einstimmig bei 3 Stimmenthaltungen, dem Landkreis Rotenburg gegenüber die Erklärung abzugeben, dass die Samtgemeinde Bothel künftig nicht mehr zum Einzugsbereich der IGS Rotenburg gehören möchte.**

**TOP 6 - Antrag Ratsherr Müller:  
Resolution / Stellungnahme zum Genehmigungsverfahren der Reststoffbehandlungsanlage in Bellen  
(Drucks.-Nr. 11/2016)**

RH Müller erläutert seinen allen Ratsmitgliedern vorliegenden Antrag. Da in unmittelbarer Nähe der Anlage erhöhte Krebsraten nachgewiesen worden sind, beabsichtige er, den Handlungsdruck durch seinen Antrag zu erhöhen.

RF Frömming führt aus, sie habe Probleme damit, dass sich der Antrag auf 2 Themenbereiche beziehe, nämlich auf die Anlage als solche und das Thema Krebserkrankung. Sie empfehle, den Antrag dahingehend zu ändern, dass dieser sich nur auf das Thema „Reststoffbehandlungsanlage“ bezieht, damit das andere wichtige Thema verstärkt verfolgt werden kann.

RH Müller antwortet, er möchte seinen in abgestimmter Form vorliegenden Antrag so aufrechterhalten.

SGBM Eberle versichert, dass das Thema „Krebserkrankung“ mit aller Macht und Konsequenz weiter verfolgt werde.

RH Lüdemann verweist nochmals auf den vorliegenden Antrag von RH Müller und beantragt, entsprechend dieses Antrages abzustimmen.

**Nach weiterer Aussprache unterbricht StvRV Hoppe um 20.10 Uhr auf Antrag von RF Muschter, der einstimmig angenommen wurde, die Sitzung, um den anwesenden Bürgern aus Bellen die Möglichkeit zu bieten, sich zum Sachverhalt zu äußern.**

Um 20.20 Uhr eröffnet StvRV Hoppe die Sitzung wieder.

RF Dr. Hornhardt trägt vor, jedes Ratsmitglied habe eine Pflichtenbelehrung für Mandatsträger erhalten. Hieraus ergebe sich auch eine Fürsorgepflicht, die insbesondere das Leben und die Gesundheit der Bürger betreffe. Diese treffe in diesem Falle den Bürgermeister der Gemeinde Brockel besonders, da die Gemeinde durch den Betrieb der Anlage große Einnahmenvorteile habe, dass es andererseits darum geht, Schaden von Bürgerinnen und Bürgern abzuwenden.

Nach weiterer, zum Teil emotional geführter Debatte verliert StvRV Hoppe nochmals den Antrag des RH Müller, der so zum Antrag gestellt wurde.

RF Dr. Hornhardt stellt sodann ihrerseits einen geänderten Antragsentwurf, der GRÜNE/WFB-Gruppe, den sie anschließend verliert.

**StvRV Hoppe lässt zunächst über diesen weitergehenden Antrag abstimmen, der bei 5 Ja-Stimmen und 16 Nein-Stimmen abgelehnt wird.**

**Sodann beschließt der SGR auf Antrag von RH Lüdemann mit Stimmenmehrheit bei 16 Ja-Stimmen und 5 Nein-Stimmen die Resolution des Rates der Samtgemeinde Bothel in der vorliegenden Version einschließlich der mit dem Antragsteller abgestimmten Ergänzungen der Fraktionen GRÜNE / WSB und SPD.**

**TOP 7 - Antrag der Gruppe GRÜNE / WSB:  
Informationsveranstaltung über das geplante Vorhaben Reststoffbehandlungsanlage in Bellen  
(Drucks.-Nr. 12/2016)**

RF Tümler verliert den vorliegenden Antrag.

StvRV Hoppe teilt mit, Fachausschuss und SGA hätten empfohlen, den Antrag abzulehnen.

RF Muschter bringt ihre Fassungslosigkeit darüber zum Ausdruck, dass die Ratsmitglieder anscheinend über so viel Fachwissen verfügen, dass keine Informationen benötigt werden. Um alle Rechte und Möglichkeiten zu kennen, sollte eine solche Informationsveranstaltung aber auf jeden Fall durchgeführt werden.

RF Kregel führt aus, es sei allen Ratsmitgliedern bekannt, dass es hier um ein sehr emotionales Thema gehe. Die Zuständigkeiten der Samtgemeinde seien aber kraft Gesetz auf bestimmte Kompetenzen beschränkt und somit wisse jedes Ratsmitglied, worüber es beschließen darf. Die beantragte Veranstaltung könne nicht zu sachlichen Ergebnissen führen, auch sei der Antrag in dieser Form überdimensioniert.

SGBM Eberle erinnert an die Erfolge von Tätigkeiten von Bürgerinitiativen, die wichtige Anstöße liefern können.

RF Brennecke weist darauf hin, dass die zur Informationsveranstaltung einzuladenden Personen fast komplett über die Landkreisverwaltung anzusprechen wären, was keine Schwierigkeit bedeuten dürfte.

RF Dr. Hornhardt verweist auf die Verantwortung der Samtgemeinde, die nicht von einer BI übernommen werden könne und daher keine Alternative sei.

**Es schließt sich eine rege Aussprache an, die auf Antrag von RF Frömming nach einstimmigem Beschluss um 20.50 Uhr nochmals unterbrochen wird, um den anwesenden Bürgern Gelegenheit zur Äußerung zu geben.**

Um 21.02 Uhr eröffnet StvRV Hoppe die Sitzung erneut.

Nach Anhörung der Bellener Bürger besteht im SGR Einmütigkeit darüber, eine Informationsveranstaltung durchzuführen, die als öffentliche Veranstaltung stattfinden soll. Die Einladungsliste für diese Veranstaltung wird seitens der Verwaltung mit den Fraktionen und Gruppen des SGR abgestimmt.

**Sodann wird auf Antrag von RH Lüdemann einstimmig beschlossen, dass die **Samt-gemeinde Bothel eine öffentliche Informationsveranstaltung zum Thema „Reststoff-behandlungsanlage Söhlingen“ durchführt. Die Einladungsliste der Referenten ist von der Verwaltung mit den Fraktionen und Gruppen im Samtgemeinderat abzustimmen.****

## **TOP 9 - Behandlung von Anfragen und Anregungen**

1. RF Dr. Hornhardt erkundigt sich bezüglich einer erforderlichen Umweltverträglichkeitsprüfung für die geplante Reststoffbehandlungsanlage Söhlingen.  
SGBM Eberle antwortet, das Landesbergamt habe bereits die Entscheidung getroffen, dass keine erneute Prüfung erforderlich sei.
2. RF Muschter fragt nach, welche Baulichkeiten für das o.a. Vorhaben zur Ausführung kommen.  
SGBM Eberle teilt mit, es werde eine Reststoffbehandlungsanlage in einer Halle geplant. Detailplanungen liegen der Samtgemeinde noch nicht vor.

### **-Einwohnerfragestunde-**

Nachdem keine Anfragen von den anwesenden Bürgern vorliegen, bedankt sich StvRV Hoppe für die konstruktive Mitarbeit der Zuschauer und wünscht diesen einen guten Heimweg. Sodann schließt sie den öffentlichen Teil der Samtgemeinderatssitzung um 21.15 Uhr.

Nichtöffentlicher Teil